

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Riffinghaus, Berlin.
Telefon: Ami Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Bogen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 18. Juni 1931

Krise überall.

Wie in Deutschland so in Oesterreich.
Amsterdam

SPD. Wien, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Lage in Oesterreich ist, wenn man Grosses mit Kleinem vergleichen kann, ebenso traurig und ausweglos wie im Deutschen Reiche. Wohl gibt es hier nicht jene politischen Spannungen, die Deutschland an den Rand des Bürgerkrieges führen können, aber die wirtschaftliche Lage ist in Oesterreich nicht minder trostlos. Der Versuch, die Kreditanstalt zu retten, stellt sich allmählich nicht nur als hoffnungslos heraus, sondern geht jedenfalls auch weit über die Kräfte des kleinen österreichischen Staates. Die Folge ist, dass man die Kreditanstalt nicht rettet, aber die Nationalbank gefährdet. Sie ist heute bereits der eigentliche Krisenherd.

Die Kreditanstalt hatte ihr ganzes Eigenkapital verloren. Der österreichische Staat hat es ihr ersetzt und darüber hinaus noch weitere 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die Hoffnung war, dass sich die Kunden der Bank nach dem Ersatz ihres Verlustes beruhigen und ihre Einlagen bei der Kreditanstalt belassen würden. Indessen ist unter den inländischen Gläubigern eine nicht zu bannende Beunruhigung eingetreten, die inzwischen zu grossen Abhebungen geführt hat. Die Mittel hierfür konnte die Kreditanstalt ebenfalls nur von der Nationalbank erhalten, die infolgedessen ihren Notenumlauf ganz bedenklich steigern musste. Man nimmt an, dass die Nationalbank in den Rachen der Kreditanstalt bereits 600 Millionen Schilling geworfen hat. Dabei ist das Ende noch gar nicht abzusehen. Diese Situation der Kreditanstalt hat dazu geführt, dass auch die ausländischen Gläubiger Schwierigkeiten zu machen begannen. Die Regierung sah sich deshalb gezwungen, von dem Parlament eine Ermächtigung zu fordern, nach der sie für Einlagen in der Kreditanstalt staatliche Haftung gewähren kann. Damit sollte erreicht werden, dass ausländische Finanzgruppen bei der Kreditanstalt neue Einlagen machen und der inländische Abfluss wettgemacht wurde. Diese Hoffnung hat sich aber als trügerisch erwiesen. Vielmehr haben die ausländischen Gläubiger der Kreditanstalt gedroht, dass sie ihre Einlagen sofort kündigen werden, wenn nicht der Staat für sämtliche Einlagen eine Garantie übernehmen würde. Die französischen Gläubiger sollen ausserdem verlangt haben, dass Oesterreich auf die Zollunion für immer verzichtet. Unter dem Druck dieser Drohungen und Erpressungen hat der Finanzminister die staatliche Garantie für etwa 80 Millionen Dollar ausländische Guthaben bei der Kreditanstalt übernommen. Erst daraufhin verpflichtete sich das Gläubigerkonsortium, die Einlagen bei der Kreditanstalt 2 Jahre stehen zu lassen.

Es ist nicht wahrscheinlich, dass diese Garantie gegen Oesterreich nach zwei Jahren geltend gemacht werden wird, aber bei der fragwürdigen Lage der Kreditanstalt darf man sie dennoch nicht nur als Formalität betrachten. So entsteht die Frage: Wer garantiert für Oesterreich? Der Staat hat für die Kreditanstalt die Zahlungsgarantien bereits an eine Milliarde Schilling übernommen. Das hält seine wirtschaftliche Lage nicht aus. Dieses Missverhältnis hat zu einer Beunruhigung geführt, die zu einer Panik auszuarten droht. Das Misstrauen der Bevölkerung

ung hat bereits auf andere Banken übergegriffen. Jetzt verlangen auch die Gläubiger der Sparkassen ihre Guthaben zurück, um sie in ausländische Valuten umzusetzen. Der Devisenstand der Nationalbank wird also ununterbrochen angegriffen, wenn auch im letzten Augenblick eine gewisse Hilfe dadurch erfolgt ist, dass englische Finanzkreise 150 Millionen Schatzscheine, die die Regierung emittiert, um ihre Aktion für die Kreditanstalt durchzuführen, übernommen und sofort eingezahlt haben. Die anfängliche Erleichterung scheint jedoch nicht anzuhalten. Am Mittwoch und Donnerstag war der Andrang insbesondere bei den Sparkassen sehr beträchtlich. Die Schwierigkeiten werden erhöht durch die Abgänge im Bundeshaushalt und die bei den Ländern und Gemeinden. So wird das Defizit im Bundeshaushalt bereits jetzt auf 250 Millionen Schilling geschätzt.

Alle diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben sich in den letzten Tagen als so katastrophal erwiesen, dass die Regierung gezwungen war, zurückzutreten. Die Garantien, die der Finanzminister gegenüber dem ausländischen Gläubigerkonsortium übernommen hatte, beantwortete zunächst der landbändlerische Innenminister mit dem Rücktritt. Da aus dem Kabinett in der Zwischenzeit bereits 3 Minister ausgetreten waren, ohne dass für sie Ersatz geschafft worden wäre und das Kabinett im Nationalrat auf keine Majorität mehr rechnen konnte, hat es demissioniert. Nun hat sich eine bedeutsame politische Wendung vollzogen. Der bisherige Bundeskanzler Ender, der ohne Zweifel auf allen Seiten ein gewisses Vertrauen genießt, hat sich bereit erklärt, ein neues Kabinett zu bilden, stellt aber die Bedingung, dass seiner zweiten Regierung inbezug auf die finanziellen Notwendigkeiten ausserordentliche Vollmachten gegeben werden.

Ein Notverordnungsrecht, wie es die deutsche Verfassung vorsieht, kennt Oesterreich nicht. Deshalb soll die Finanzdiktatur der Regierung durch ein verfassungsänderndes Gesetz erlangt werden. Diese Vollmacht kann ohne die Stimmen der Sozialdemokraten nicht zustandekommen. Es ist aber unwahrscheinlich, dass eine Form gefunden werden könnte, die den Sozialdemokraten die Zustimmung zu diesem Notverordnungsrecht ermöglichen würde. Die Wahrscheinlichkeit spricht eher dafür, dass sich Ender, der offensichtlich nach Vorarlberg zurückkehren möchte, auf den aber ein sehr starker Druck ausgeübt wird, damit er die Bundeskanzlerschaft behauptet, mit der von ihm gestellten Bedingung einen halbwegs guten Abgang verschaffen will. Unter diesen Umständen ist mit einer längeren Dauer der Krise zu rechnen, sodass die wirtschaftliche Unruhe und die Besorgnis aller derjenigen, die noch über eine Einlage verfügen, sich ins Masslose steigern wird. So unlösbar diese politische Krise, die ihre Ursache in dem ökonomischen Elend hat, auch scheint und ist, dennoch muss sie bald behoben werden.

SPD. Der englische Ministerpräsident MacDonald und der englische Aussenminister Henderson haben die Einladung der Reichsregierung zu einem Gegenbesuch in Berlin endgültig angenommen. Sie treffen am 17. Juli in Berlin ein und werden bis zum 19. Juli in der Reichshauptstadt verbleiben. Voraussichtlich begeben sich MacDonald und Henderson dann zum Internationalen Sozialistenkongress nach Wien.

Der Besuch der beiden englischen Staatsmänner, die in Deutschland ebenso freundschaftlich und herzlich empfangen werden, wie der deutsche Reichskanzler und der deutsche Aussenminister in England in Empfang genommen wurden, hat hohe politische Bedeutung. Er ist weit mehr als ein Höflichkeitsbesuch, als der er nach aussen erscheint. In Berlin werden die in Chequers begonnenen Beratungen über die Weltkrise und das Reparationsproblem fortgesetzt, und wenn auch nicht abgeschlossen, so doch einer gewissen Klärung entgegengeführt werden, die für den Verlauf der drei Tage später beginnenden Erörterungen der Reichsregierung mit massgebenden Herren der amerikanischen Regierung eine ziemliche Bedeutung haben dürfte.

Als Sozialdemokraten erfüllt es uns mit besonderer Freude, dass Mitglieder der englischen Arbeiterregierung Deutschland in seiner Not zuerst die Hand zur Abwehr der Wirtschaftskrise gereicht haben und weiterhin gemeinsam mit uns bemüht

sein wollen, uns im Rahmen des Möglichen Hilfe angeeignet zu lassen. Zwar ist das Reparationsproblem noch nicht aufgerollt, aber dass es schon in allernächster Zeit aufgerollt werden wird, steht heute ausser jedem Zweifel.

SPD. Amsterdam, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

In der süd-holländischen Stadt Venlo haben nach einer Meldung des sozialistischen "Het Volk" in letzter Zeit wiederholt Stahlhelmversammlungen stattgefunden. Am 16. Mai habe dort Graf von Hoensbroek gegen das Young-Abkommen gesprochen und erklärt, dass der Stahlhelm alle im Weltkrieg verloren gegangenen Gebiete mit der Waffe zurückerobern wolle. Besucher der Versammlung, die sich kritisch verhalten hätten, seien mit Ohrfeigen bedroht worden. Ein weiterer Aufmarsch des Stahlhelms sei für den 12. Juli in Aussicht genommen.

"Het Volk" fordert die holländische Regierung auf, das verbrecherische Treiben deutscher Kriegshetzer auf niederländischem Boden sofort und für immer unmöglich zu machen.

SPD. Die Deutsche Volkspartei will befreien. Wen und von was? Natürlich das deutsche Volk von unerträglichen Reparationslasten. Das wollen wir auch. Aber für die Volkspartei gibt es eine dringlichere Befreiung. Vernehmen wir, was Herr Dingeldey in einem Artikel der "Kölnischen Zeitung" sagt:

"Es handelt sich um die Aufgabe, den Reichskanzler selbst aus einer Lage zu befreien, in der er durch die Unzulänglichkeit einzelner und die verhängnisvolle Kraft revolutionärer Erscheinungen gefesselt, zum entschlossenen Handeln keine Möglichkeit finden kann."

Mit dieser Absicht wird der erste Beschluss der volksparteilichen Fraktion, für die Einberufung des Reichstags zu stimmen, verteidigt. "Der Beschluss der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vom Donnerstag, den 11. Juni sollte" so sagt Dingeldey, "diese Fesseln sprengen (Von roten Ketten macht euch frei usw.) und dem Reichskanzler eine freie Bahn schaffen."

Und wie soll die Lösung der Fesseln vor sich gehen? Wir wissen es schon: durch eine Veränderung in der Zusammensetzung des Kabinetts, und in dieser Beziehung finden wir höchstens insofern in dem erwähnten Artikel etwas neues, als mit aner kennenswerter Deutlichkeit der Rücktritt des Reichsfinanzministers Dietrich gefordert wird. Aber man beschränkt sich nicht mehr auf den Ruf nach neuen Persönlichkeiten, sondern man will diese neuen Persönlichkeiten auch auf eine neue Bahn stellen. Die neue Bahn wird auch mit ausreichender Klarheit gekennzeichnet. Sie soll so aussehen, dass sich auf ihr staatspolitische Vernunft und die Grundanschauung privatwirtschaftlichen Denkens mit dem vaterländischen Freiheitssinn verbindet. Da indessen diese Richtlinien noch nicht präzise genug sind, wird das Ziel an einer anderen Stelle des Dingeldey'schen Artikels wesentlich sichtbarer herausgestellt. Das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, so heisst es da, leide unter einer Erstarrung, unter einem Zwang des ganzen Wirtschaftssystems, das in den zwölf Jahren seit der Revolution aufgebaut worden sei. Dieser Zwang und diese Erstarrung müsse von uns genommen werden. Und dann noch schärfer:

"Die schwierige Aufgabe besteht darin, die freie Betätigung des Einzelnen, die Freiheit des Arbeitsmarktes unter der Ausschaltung staatlichen Zwangs durch Wiedererweckung der Selbstverantwortung des Einzelnen wie der Organisation zu schaffen."

Wenn Worte einen Sinn haben, so kann das nur bedeuten, dass die Deutsche Volkspartei den Abbau der Schlichtungsordnung und den Einbruch in das Tarifrecht verlangt. An sich überrascht das nicht, da wir ja in den letzten Tagen mehrfach gehört haben, dass die Partei der Schwerindustrie jede Abänderung der Notverordnung im Sinne der Wünsche der Arbeiterschaft von der Bewilligung solcher Gegenforderungen abhängig mache. Aber wesentlich wichtiger ist und bleibt die Frage, ob und welche Aussichten Herrn Dingeldey bei seinen Besprechungen mit Brüning

eröffnet worden sind. Herr Dingeldey selber sagt darüber, dass die Absprachen nur gegründet seien auf dem Vertrauen zwischen den Persönlichkeiten, die sie getroffen hätten. Es seien keine Verträge und keine Beschlüsse für die Öffentlichkeit:

"Ohne die gewaltsame Zerstörung eines Nebels, der unseren inneren Zustand vielen verborgen hat, ohne den entschlossenen Versuch, eine erstarrte Lage wieder in Bewegung zu bringen, hätte der Kanzler die Grundlage der Handlungsfreiheit nicht wieder gewinnen können... Ich habe auf Grund von Auseinandersetzungen, die in so bitter ernstesten Stunden für das ganze Volk geführt wurden, die Ueberzeugung, dass die Entschlüsse durch die Handlungen gerechtfertigt werden."

Hier also wird unumwunden von gefassten Entschlüssen gesprochen, denen nur noch die Ausführung zu folgen hat. Wir fragen: Wen täuscht man hier und wer täuscht? Erzählt Herr Dingeldey seinen Anhängern einschläfernde Märchen, oder hat der Reichskanzler ihm tatsächlich bestimmte Zusicherungen gemacht? Wir haben das Recht, eine Antwort zu verlangen, die, um mit Martin Luther zu sprechen, keine Hörner und Zähne hat. Wir müssen aus dem Nebel der Ungewissheit heraus, und es ist unabweisbare Pflicht der Reichsregierung, ihn alsbald zu zerstreuen.

SPD. Paris, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Kammer begann am Donnerstag die Debatte über das Marine-Bauprogramm für das Finanzjahr 1931/32. Dieses Programm sieht die Inangriffnahme des Baues eines Panzerkreuzers von 23 300 Tonnen, zwei kleinerer Kreuzer von je 7500 Tonnen und eines Transportschiffes bzw. vier Begleitschiffen vor, die zusammen etwa 1,3 Milliarden Francs kosten. Von dieser Summe wird in diesem Jahr nur ein kleiner Teil angefordert.

Im Verlauf der Debatte spielte der neue Panzerkreuzer "Deutschland" eine grosse Rolle. Der von der französischen Regierung beabsichtigte Bau des 23 300-Tonnen-Kreuzers ist als Antwort auf den deutschen Panzerkreuzer gedacht. Darauf wie es der erste Redner, ein royalistischer Abgeordneter, sofort hin. Trotzdem wurde der geplante Bau dieses Linienschiffes von fast allen Rednern kritisiert, selbst der royalistische Abgeordnete äusserte Bedenken. Er erklärte schliesslich dass er für den Gesetzentwurf nur stimmen würde, wenn die französische Regierung sich mit aller Kraft bemühe, in Genf eine Herabsetzung der Flottenrüstungen durchzusetzen.

Im Namen der sozialistischen Fraktion sprach sich der Abgeordnete Reynaud gegen den Bau des Panzerkreuzers aus, weil diese Geste angesichts der allgemeinen Abrüstungskonferenz für Frankreich sehr gefährlich sei. Die Folge werde zunächst sein, dass Deutschland den Bau der übrigen ihm im Versailler Vertrag zugeständenen Kreuzer beschleunigen würde. Zwischen dem Redner und Herriot entspann sich darauf ein Zwiegespräch, in dessen Verlauf Herriot den geplanten französischen Kreuzer mit den deutschen Kreuzerbauten verteidigte, die allen übrigen Schiffen gleichen Tonnageninhalts überlegen seien. Er sei zwar noch nicht davon überzeugt, dass Frankreich als Gegengewicht ein Linienschiff von 23 300 Tonnen bauen müsse, aber man müsse die Gefahr und die Anstrengungen Deutschlands nicht unterschätzen. Reynaud erwiderte, dass vorläufig erst ein deutscher Kreuzer vorhanden sei und dass, wenn alle Länder in derselben Weise wie Frankreich vorgehen sollten, man schliesslich wieder zu dem alten Rüstungswettlauf zurückkehren würde. Infolgedessen könnten die Sozialisten den Gesetzentwurf nicht billigen. Der Berichterstatter der Marinekommission verteidigte das Bauprogramm und machte u.a. dafür die noch nicht ganz klaren Absichten Italiens auf dem Gebiet des Kriegsschiffsbaues geltend.

Im Verlauf der Beratungen sprach ferner der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour. Er hielt eine glänzende Rede, die fast von der ganzen Kammer mit grossem Beifall aufgenommen wurde, obwohl sich der Redner ebenfalls gegen den 23 300-Tonnen-Kreuzer aussprach. Er erklärte gleich zu Beginn, dass nach seiner Ansicht die Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfes das Scheitern der nächsten

Abrüstungskonferenz zur Folge haben könnte. Er könne nur für das Flottenbauprogramm eintreten, wenn er wüsste, dass es dem Problem der Abrüstung dienlich sei. Frankreich habe sich nach dem Kriege von dem Bau grosser Linienschiffe abgewandt, weil sich gezeigt habe, dass derartige Stahlungeheuer zu leicht verwundbar seien. Es sei eine Lösung der Trägheit, wenn man den Bau des deutschen Kreuzers von 10 000 Tonnen einfach mit einem Kreuzer doppelten Tonnengehalts beantworten wolle. Die französischen Marine-Ingenieure hätten eine geistreichere Lösung finden müssen. Ferner wies Paul Boncour darauf hin, dass Italien, das den Bau von Linienschiffen bis zum nächsten Jahre zurückgestellt habe, dann das Recht haben werde, Frankreich dafür verantwortlich zu machen, dass es einen noch stärkeren Kreuzer bauen müsse, Schliesslich sei ein einziges Linienschiff nicht brauchbar. Man müsste mindestens eine Flottille besitzen. Wenn die Kammer den Bau dieses Schiffes billige, so billige sie im voraus den Bau von weiteren drei oder vier Schiffen dieser Art. Ein solches Vorgehen werde auf der Abrüstungskonferenz alle Welt gegen Frankreich einnehmen. Die französische Regierung müsse in Genf die Initiative bei den Bemühungen um die Abrüstung übernehmen.

SPD. Der englische Ministerpräsident MacDonald wird am 17. Juli mit dem Flugzeug nach Berlin kommen. Aussenminister Henderson wird vor seinem Besuch in Berlin einige Tage in Paris weilen und mit der Eisenbahn in der Reichshauptstadt eintreffen.

SPD. Köln, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurde im grossen Gürzenich-Saal in Köln der 50. Deutsche Aerztetag eröffnet.

In seiner Eröffnungsrede äusserte sich der Vorsitzende des Deutschen Aerztetages, Geheimer Sanitätsrat Dr. Stauder, der die Sozialpolitik des Staates als die stärkste Belastungsprobe für den Aerztestand bezeichnete, auch über die Frage des § 218. Er vertrat die alte konservativ ärztliche Anschauung, dass für den Arzt nur der Grundsatz entscheidend sei, ob der ärztliche Eingriff einer Schwangerschaftsunterbrechung dem Zweck diene, bei einer bestehenden Erkrankung einer schwangeren Frau eine weitere lebensbedrohliche Verschlimmerung zu verhüten. In solchem Falle sei der Arzt zum Eingriff berechtigt. Es widerspreche aber der ärztlichen Berufsauffassung, eine Operation ohne ärztlichen Beweggrund vorzunehmen, um wirtschaftliche Not zu verhüten. Darum könne die ärztliche Ständevertretung die geforderte Freigabe der sozialen Indikation für Schwangerschaftsunterbrechungen nicht gutheissen.

SPD. In den letzten Tagen ist in der Presse immer wieder behauptet worden, dass der Reichskanzler dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey in einer Unterredung u.a. eine Lockerung des Schlichtungswesens in Aussicht gestellt habe. Demgegenüber wird der "Soz. Pressedienst" auf Anfrage in der Reichskanzlei von zuständiger Seite ausdrücklich zu der Erklärung ermächtigt, dass eine derartige Usage nicht gemacht, sondern ausdrücklich abgelehnt worden ist.

SPD. Genf, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Vertreter der Bergarbeiter-Internationale unternahmen am Donnerstag bei dem Kohlenausschuss des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes einen bedeutsamen Schritt. Sie machten die Mitglieder des Ausschusses darauf aufmerksam, dass durch die Annahme des Kohlenarbeitszeitabkommens in der Internationalen Arbeitskonferenz (s. Gewerkschaftsbeilage) eine neue Situation entstanden sei, die sehr wohl

die Wiederaufnahme der internationalen Kohlenverhandlungen nach sich ziehen könne. Auf sozialpolitischem Gebiet sei nun die Verständigung erzielt. Es müsse darauf ausgegangen werden, auch den wirtschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Das Wirtschaftskomitee sei dazu der geeignete Boden.

Diese Auffassungen, die von De Jardin-Belgien und Cook-England betont wurden, fanden ihre Ergänzung durch Ausführungen von Dr. Berger-Bochum, der darauf hinwies, dass ein Völkerbundsamt für Kohlenwirtschaft geschaffen werden müsse, dass der Völkerbund der geeignete Rahmen sei, um ein Abkommen zwischen den Kohleproduzenten zu ermöglichen und dass eine diplomatische Konferenz für die Unterdrückung des Kohlenprotektionismus einberufen werden müsse. Diese Konferenz solle ein Abkommen schaffen zur gegenseitigen Ausschaltung der Hindernisse für die Ein- und Ausfuhr der Kohle. Die Kompetenz des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes sei unbedingt gegeben. Ein Erfolg werde nur durch die Mitarbeit der Arbeiterschaft erreicht werden.

Der Vorsitzende des Komitees Di Nola-Italien betonte, dass die Kohlenkommission nur eine Delegation des Wirtschaftskomitees sei. Sie übernehme aber die Aufgabe, die Vorschläge der Bergarbeiter-Internationale zu prüfen und sie dem Komitee mit Empfehlung zu übergeben.

SPD. Am Sonnabend hält die Reichsregierung eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung das Thema: "Personalveränderungen" verzeichnet steht.

Was ist los? Noch hüllt sich die Regierung über ihre Pläne in Schweigen. Aber sicher ist, dass man mit den Veränderungen im Finanzministerium beginnen will. Zunächst soll, wie wir zuverlässig erfahren, Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium zurücktreten. Als sein Nachfolger wird der bisherige Direktor der Steuerabteilung des Ministeriums Dr. Zarden genannt. Schäffer soll mit einer Sondermission betraut werden. Von Dr. Zarden, der der Deutschen Volkspartei angehört und als besonderer Vertrauensmann der Schwerindustrie gilt, weiss man, dass er seit langem auf einen stärkeren Rechtskurs in der Finanzpolitik hinwirkt. Auf ihn geht die Beseitigung der Lohnsteuererstattungen und die diesmal besonders unsozial gestaltete Kürzung der Beamtengehälter zurück. Man sagt ihm auch nach, dass seine guten Beziehungen zur Grossindustrie ihm immer wieder die Erwägung nahelegen, ob es nicht möglich sei, die noch vorhandene steuerliche Belastung der Grossbesitzer durch den Erlass von Steuern weitgehend zu mildern.

Darf man fragen, ob diese Personalveränderung etwa als Anfang der von der Volkspartei geforderten Umbildung des Kabinetts zu betrachten ist?

SPD. Koblenz, 18. Juni (Eig. Drahtb.)
Das Erweiterte Schöffengericht in Neuwied verurteilte den sozialdemokratischen Provinziallandtagsabgeordneten Ernst zu 100 Mark Geldstrafe, 4 Reichsbannermitglieder zu je 3 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist und einen Koblenzer Nationalsozialisten zu 3 Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist.

Der Verhandlung lagen Zusammenstösse zwischen Nationalsozialisten, Angehörigen des Reichsbanners und der SPD gelegentlich einer nationalsozialistischen Versammlung in dem bei Neuwied gelegenen Rheinort Fahr zugrunde. Die Beweisaufnahme ergab kein klares Bild der Vorgänge.

SPD. London, 18. Juni (Eig. Drahtb.)
Die Arbeiterregierung wird am Freitag im Unterhaus einen Gesetzentwurf einbringen, durch den die englische Arbeitslosenversicherung ermächtigt wird, zweck Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung weitere Kredite aufzunehmen. Durch den Gesetzentwurf sollen zugleich gewisse Misstände in der Arbeitslosenunterstützung beseitigt werden.

SPD. Der auf dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie mit zum Vorsitzenden der SPD gewählte Reichstagsabgeordnete Hans Vogel sprach am Donnerstag im Berliner Rundfunk über das Thema: "Im Kampf gegen das Chaos".

"Die furchtbare Wirtschaftskrise, so führte Hans Vogel aus, unter der die ganze Welt schon seit beinahe zwei Jahren leidet, wird in Deutschland durch eine Reihe von Umständen, zumeist politischer Art, ausserordentlich verschärft. Die politische Unsicherheit hat namentlich in den letzten Wochen eine ausserordentliche Zuspitzung der Lage herbeigeführt, die in den Devisenabflüssen aus Deutschland ihren Ausdruck gefunden hat. Durch die Ankündigung und dann die Veröffentlichung der neuen Notverordnung mit ihren unerhörten Härten und Unge-
rechtigkeiten wurde die kritische Stimmung auf das äusserste gesteigert.

Unter diesen Umständen mussten die Parteien zu der neuen Notverordnung Stellung nehmen und über die Einberufung des Reichstags entscheiden. Die Sozialdemokratie hat im Aeltestenrat die Einberufung des Haushaltsausschusses gefordert und hat erst dann auf diese ihre Forderung verzichtet, als die Reichsregierung gewisse sofortige Milderungen in der Ausführung der Notverordnung und Verhandlungen zum Zweck der Abänderung der Notverordnung zu einem späteren Termin zugesichert hat. Die ablehnende Haltung der Reichsregierung der Einberufung des Haushaltsausschusses gegenüber war zwar sachlich völlig unbegründet, es stand aber fest, dass die Regierung nach dem entsprechenden Beschluss des Aeltestenrats demissionieren würde. Es bestand gar keine Aussicht darauf, dass eine neue Regierung an die Macht kommt, die sich der Einberufung des Reichstages bzw. des Haushaltsausschusses gegenüber weniger ablehnend verhalten oder auf einem anderen Wege Verbesserungen der Notverordnung durchführen würde. Es war vielmehr mit der Gefahr zu rechnen, dass eine neue Regierung trotz des Beschlusses des Aeltestenrats den Reichstag ausschalten und in der Folge als eine diktatorische Macht regieren würde. Indessen würde eine Regierungskrise mitten in der vorhandenen Kreditpanik eine unmittelbare Verschlechterung der Wirtschaftskrise bewirken. Eben deshalb, weil die Sozialdemokratie die Notverordnung in ihrer gegenwärtigen Form für völlig untragbar hält, hat sie, nachdem die Reichsregierung Verhandlungen zugesagt hat, beschlossen, noch einen letzten Versuch der Abänderung der Notverordnung durch Verhandlungen zu machen. Sie hat damit ihr Aeusserstes getan, um die schlimmste Katastrophe zu verhüten. Ihren Standpunkt der Notverordnung und der gesamten Richtung der Regierungspolitik gegenüber hat sie nicht geändert. Sie sieht nach wie vor in dieser Politik keinen richtigen Weg aus der furchtbaren Not und zur Erleichterung der Ueberwindung der Krise.

Wir wissen sehr wohl, dass mit leeren Kassen der öffentlichen Verwaltung eine soziale Politik nicht getrieben werden kann, sondern dass es keine schlimmere Gefahr für die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen der öffentlichen Körperschaften geben kann, als sie ohne die erforderliche Einnahmedeckung zu lassen. Wir sind deshalb einverstanden mit den Ausgabenkürzungen im Reichshaushalt, die nicht auf Kosten der Sozialpolitik gehen. Ja wir glauben, dass diese Ausgabenkürzungen an manchen Stellen, z.B. bei dem Wehretat noch verschärft werden könnten. Wir sind ferner grundsätzlich einverstanden mit dem Gedanken der Krisensteuer, d.h. mit der Heranziehung aller derjenigen Volksgenossen, die noch in der Krise über ein reguläres Einkommen verfügen zur Aufrechterhaltung der Hilfsleistungen für die Millionen von Opfern der Krise. Wir wenden uns aber mit aller Entschiedenheit gegen das Zerrbild der Krisensteuer, das die Notverordnung enthält. Zu den von uns aufgezeigten Mehreinnahmen, die wir einmal vorsichtig nur mit rund 200 Millionen Mark in Anschlag bringen wollen, kommen hinzu die Streichungen an unsinnigen Subventionen, die mit der Notverordnung verbunden sein sollen. Gestützt auf unsere, sehr vorsichtige Finanzrechnung, verlangen wir vor allen Dingen, dass mindestens die schlimmsten Härten im Abbau der Arbeitslosenversicherung, die die Notverordnung vorsieht, beseitigt werden. Dass die völlige Herausnahme der Jugendlichen, die unterhaltspflichtige Angehörige haben, aus der Arbeitslosenversicherung aus sozialen und politischen Gründen

vollkommen unhaltbar ist, hat die Regierung selbst in den letzten Verhandlungen mit der Sozialdemokratie anerkannt. Wir fordern dringend, dass diese Verschlechterungen der Unterstützungen für Jugendliche vollkommen beseitigt werden. Wir kämpfen gegen die Verminderung der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge. Wir lehnen mit allem Nachdruck die Erstattungspflicht für Zahlungen aus der Krisenfürsorge ab, die mit einer augenblicklichen Entlastung der öffentlichen Finanzen nicht das geringste zu tun hat.

Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen auf alle Einzelheiten, in denen die Notverordnung fehlt geht, einzugehen. Um diese Möglichkeit zu haben, haben wir Sozialdemokraten gerade eine sachliche Beratung im Haushaltsausschuss angestrebt. Aber einen Punkt, der besonders unsinnig ist und der wiederum mit der finanziellen Frage gar nichts zu tun hat, will ich noch hervorheben: den freiwilligen Arbeitsdienst. Der sogenannte freiwillige Arbeitsdienst, dessen praktische Freiwilligkeit aber in hohem Masse gefährdet wäre, wenn wirklich die Unterstützung jugendlicher Erwerbsloser nahezu völlig eingestellt würde, soll nicht nur öffentlichen Körperschaften, sondern auch gewissen Verbänden, bei denen das Gewicht der politischen Tendenz allzu oft ein reaktionäres sein wird, die Möglichkeit geben, für die Durchführung gewisser Arbeiten öffentliche Unterstützung zu erhalten. Der reaktionäre Charakter dieses sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstes besteht vor allen Dingen darin, dass bei ihm für die Arbeiter kein arbeitsrechtliches Arbeitsverhältnis begründet wird. Das soziale Arbeitsrecht, der Tariflohn und alles, was damit zusammenhängt, wird mit einem Federstrich beiseite geschoben und selbst die Anwendung der Arbeitsschutzbestimmungen und der Bestimmungen der Sozialversicherung bleibt im Einzelfall der Entscheidung des Arbeitsministers vorbehalten. Arbeitslohn in bar erhalten die Arbeitsdienstleistenden nicht, sondern sie erhalten höchstens Gutschriften für künftige Siedlungsbauten. Hier wird eine Quelle der falschen Geldverausgabung geschaffen und ein Zentrum für alle sozialreaktionären und antigewerkschaftlichen Pläne.

Wir fordern nach wie vor, dass an die Stelle der verfehlten Politik des Lohndrucks und der Einschränkung der Massenkaukraft eine zielbewusste Politik der Stärkung der Massenkaukraft treten muss; d.h. Schluss mit den Lohn- und Gehaltssenkungen, aber verschärfter Druck auf die Anpassung des Preisniveaus an das gesunkene Lohnniveau. Dazu gehört die Abkehr von der agrarischen Hochschutzzollpolitik, die den Massen in Deutschland die Lebenshaltung verteuert und die gleichzeitig die industriellen Arbeitsmöglichkeiten für den Export durch das Heraufbeschwören handelspolitischer Konflikte einschränkt. Dazu gehört weiter, dass endlich mit der Kontrolle der monopolistischen Organisationen in Industrie, Handel und Handwerk ernst gemacht wird.

SPD. London, 18. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Leiter des amerikanischen Finanzministeriums, Staatssekretär Mellon hatte am Donnerstag nach seiner Unterredung mit MacDonald eine längere Besprechung mit dem Gouverneur der Bank von England. Später wurden die bereits am Mittwoch aufgenommenen Unterredungen mit den englischen Politikern fortgeführt. Diesen Besprechungen wohnte u.a. Schatzkanzler Snowden bei.

SPD. Der Monat Mai hatte eine etwas höhere Rohstahlgewinnung ergeben. Sie betrug 744 459 gegenüber 741 119 Tonnen im April. Die arbeitstägliche Leistung hat sich damit um 0,5 % gesteigert. Die Walzwerkerzeugung ging dagegen von 527 503 Tonnen im April auf 494 651 Tonnen im Mai zurück. Die arbeitstägliche Gewinnung ist damit um 6,2 % gefallen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Die Verhandlungen über die Gewährung eines Kredites von 250 Millionen RM an das Reich sind abgeschlossen. Es handelt sich um einen reinen Kassenkredit, dessen Abdeckung durch die normalen Einnahmen sowie durch die auf Grund der Notverordnung zu erwartenden Ersparnisse und Einnahmen sichergestellt ist. Die Auszahlung des Kredits erfolgt teils im Juni, teils im Juli. Ueber den empfangenen Betrag werden Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit ausgestellt, die bei Fälligkeit bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1931 verlängert werden können. Für die Zinsberechnung bildet der jeweilige Reichsbankdiskont im Zeitpunkt der Auszahlung die Grundlage."

SPD. Aachen, 18. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Donnerstag morgen wurde im Aachener Walde ein 20 jähriger Schmuggler aus Hagen, der 3000 Zigaretten bei sich führte, erschossen. Als der Schmuggler auf die Halt-Rufe eines Zollbeamten nicht hörte, machte der Beamte von der Waffe Gebrauch.

SPD. Wien, 18. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Donnerstag nachmittag tobte über Wien ein starkes Gewitter. U.a. wurde das grosse Zelt des zurzeit hier weilenden Zirkus Hagenbeck vollständig zerstört. Die geplante Tournee musste deshalb abgesagt werden. Der Schaden wird auf 200 000 Mark geschätzt.

SPD. Wien, 18. Juni (Eig.Drahtb.)

Der geschäftsführende Bundeskanzler Ender hat den Auftrag des Bundespräsidenten zur Neubildung der Regierung nicht angenommen. Er erteilte dem Bundespräsidenten eine Absage, nachdem die Sozialdemokratie es ablehnte, den von Ender geforderten Vollmachten ihre Zustimmung zu geben und sich zu der Verabschiedung eines verfassungsändernden Gesetzes bereit zu erklären.

(Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören am Freitag
früh 7 Uhr auf Welle 2850.)

Aus aller Welt

Das Geheimnis Calistros.

Zeugenschlacht um den Muttermörder.- Mensch, Tier oder Geisteskranker?

SPD. Berlin, 18. Juni (Eig. Bericht)

Calistros Max Thielecke, der Mörder seiner Mutter, gibt dem Berliner Schwurgericht immer neue Rätsel auf. Dieser junge Mensch, der, kaltblütig und manchmal ironisch lächelnd, dem Gericht mit verquollenen pseudowissenschaftlichen Definitionen seiner entsetzlichen Tat zu kommen versucht, der mit fast behaglicher Breite die grauenvollen Details seiner Bluttat schildert, gelassen, als ginge ihn das alles nichts an, hat am Mittwoch abend einen Vergleich gebracht, der allen Zuhörern das Blut in den Adern gerinnen liess. Als die Sprache darauf kam, dass er die Mutter, die er umgebracht hatte, wie ein Paket einschnürte, sagte dieser entartete Sohn - und keine Miene zuckte dabei in seinem blassen, verkniffenen Gesicht - wörtlich: "Herr Vorsitzender, ich bitte von vornherein das jetzt gebrauchte Bild zu entschuldigen, aber ich konnte sie doch nicht wie eine verbrühte Sau im Wasser liegen lassen". Das Gericht hielt den Atem an. aus den Augen des Verteidigers sprach tiefes Entsetzen. Der Vorsitzende war fassungslos. Ein Mensch? Ein Tier? Ein Geisteskranker? Der einzige im Saal, der die Fassung bewahrte, war jener Angeklagte, der es lächelnd über sich brachte, in derart abscheulicher Weise von der eigenen Mutter zu sprechen. Und mit Macht drängte sich den Hörern der Gedanke auf, dass dieser "Schriftsteller" mit dem leidenschaftlichen Hang für den Indianismus eine Angelegenheit für den Psychiater sein müsse.

"Die Mumie".

Die Donnerstagverhandlung brachte die Vernehmung des Kriminalkommissars Nebe, der sich zuerst mit dem Angeklagten beschäftigt hatte. Nebe gegenüber war Thielecke sehr gesprächig. Er gab breit und detailliert eine Schilderung seiner Jugend und richtete auch hier die ganze Intensität seines Hasses gegen die Mutter, die er u. a. der Sodomie bezichtigte. Die Schilderung, die Thielecke dem Kriminalkommissar seinerzeit machte, unterscheidet sich in bedeutungsvollen Punkten von den Bekundungen des Angeklagten vor Gericht. So will er bei der Vernehmung vor dem Kriminalkommissar einen Gegenstand in der Hand seiner Mutter beobachtet haben, den er, eines bestimmten Geräusches wegen, für einen Revolver hielt. Im Kreuzverhör der Kriminalisten hat er dann allerdings diese Behauptung fallen gelassen. Dem Kommissar erscheinen Thieleckes Notwehthesen als ungemein zweifelhaft. Mit welchen Mitteln der Angeklagte gearbeitet hat, beweist seine ans Komödiantische grenzende Bemerkung, ihm sei erst am andern Morgen ins Bewusstsein gekommen, dass er eine "Mumie" im Hause habe.

Zyankali habe ich - -!"

Die Vernehmung der Schwester der Ermordeten, Fräulein Thielecke, entrollt das erschütternde Bild einer völlig degenerierten Familie. Die Zeugin macht ihre Aussagen mit leiser, bebender Stimme und ist am Pressetisch fast nicht zu verstehen. Eine Schwester, die an melancholischen Depressionen litt, beging Selbstmord, eine zweite war Epileptikerin und musste in eine Irrenanstalt gebracht werden. Die Getötete schildert die Schwester als einen labilen, unberechenbaren, von seelischen Erregungen durchzitterten Menschen. Wenn sie zornig wurde, war sie hemmungslos. Als Calistros heiratete, machte sie eine schrecklich hysterische Szene. Vorsitzender: "Wissen Sie etwas davon, dass Ihre Schwester Calistros vergiften wollte?" Zeugin: "Ich weiss, dass sie einmal zu mir gesagt hat: "Zyankali habe ich". Dessen bin ich mir noch sehr deutlich bewusst. Dann

Dann sprach sie auch im Zorn davon, dass man den Gashahn aufdrehen müsse." Vorsitzender: "Sie soll etwas übertrieben tierlieb gewesen sein und Mäuse gezüchtet haben?" Zeugin: "Nun ja, sie streute Futter für die Tiere auf dem Erdboden aus und duldete nicht, dass man die Mäuse tötete." Die Vernehmung der Tante Paulinka, die das Gerücht von der aristokratischen Vergangenheit der Thieleckes aufgebracht hat, ergibt nichts Wesentliches.

Eine Frau Sommer, die am Nachmittag vernommen wird, war eine gute Freundin der Ermordeten. Ihr schüttete sie ihr Herz aus, ihr klagte sie ihr Leid. Die Zeugin schildert eine leidenschaftliche Unterredung, die sie mit Frau Thielecke gehabt hatte und in der die Rede auf ihr Enkelkind kam. "Ich habe mir das Kind noch nicht ansehen dürfen - "sagte sie schluchzend zu mir und gleich darauf mit brechender Stimme: "Wenn Sie einmal hören, dass ich tot bin, dann wissen Sie, dass mich mein Sohn umgebracht hat. Als ich aus dem Krankenhaus kam, sagte er zu mir: "Warum bist Du gesund geworden und zurückgekommen?"

"Calistros" - zur Schande seines Vaters! -

Die Witwe Moritz Heimanns, des bekannten Schriftstellers und Lektors beim Fischer-Verlag, kannte Frau Thielecke von ihrer Schneiderinnentätigkeit her. Sie schildert sie als eine sehr phantastisch veranlagte, etwas pathologische Frau und fällt im übrigen ein nicht ungünstiges Urteil über den Angeklagten, den sie seinerzeit gleichfalls kennen gelernt hatte. Frau Hirschmann, eine Frau in den mittleren Jahren, hatte sich einst sehr für den Jungen interessiert und wollte ihn adoptieren. Fast leidenschaftlich nimmt sie für den Angeklagten Partei, der in Gegenwart der Mutter immer sehr verschlossen gewesen sei und erst aufblühte, wenn sie fort war. Weiterhin habe die Mutter Calistros zu Unwahrheiten angehalten und ihm den Namen der Zigarettenmarke der Fabrik seines Vaters gegeben, um ihn als Schande für seinen Erzeuger in der Welt herumlaufen zu lassen. "Das hat mir Frau Thielecke selbst gesagt."

Des Mörders Freund...

Völlig entgegengesetzt ist das vernichtende Urteil, das die Frau seines Vaters über ihn abgibt. Sie berichtet, dass er einmal grundlos der Mutter bei Tisch zugerufen habe: "Das Weib hasse ich", worauf er ein Tranchiermesser zog und es nach ihr warf. Daraufhin sei er von seinem Vater gehrfeigt worden. Die Mutter, mit der sie, Frau Krüger, freundschaftlich verkehrt habe - der Ehebruch war längst verziehen - sei eine sehr angenehme und menschlich wohlthuende Frau gewesen. Calistros aber habe einmal zu ihr gesagt: "Ich habe eine ganze Anzahl Giftflaschen. Wenn ich will, kann ich den ganzen Ort vergiften." Eines Tages sei er an sie herangetreten und habe zu ihr gesagt: "Tante, wenn Du Deinen Alten loswerden willst, vergifte ich ihn Dir." Und dann tritt gegen Schluss des zweiten Verhandlungstages Calistros Freund Emanuel Ben Gorion, der Sohn des hebräischen Märchenübersetzers, an den Zeugentisch, setzt sich für den Angeklagten ein und bezeichnet sich auch heute noch als seinen Freund. Ein Wust widersprechender Zeugenaussagen. Die Nebel um die schreckliche Tat Calistros lösen sich nicht, im Gegenteil, sie ziehen sich dichter! - -

K.K.B.

+ + +
Prozess gegen einen Prügelpädagogen. Am Donnerstag begann vor der grossen Strafkammer des Landgerichts Lüneburg der Prozess gegen den ehemaligen Rektor der Fürsorgeanstalt Scheu en, Straube, sowie gegen 32 Zöglinge dieser Anstalt. Die Anklage lautet teils auf gefährliche Körperverletzung, in einem Fall mit tödlichem Ausgang, teils auf Bildung eines bewaffneten Haufens. Den 33 Angeklagten stehen 15 Verteidiger zur Verfügung. Da fast sämtliche Lüneburger Rechtsanwälte in dem Prozess tätig sind, ist der Lüneburger Justizbetrieb völlig lahmgelegt. Man rechnet mit einer Prozessdauer von etwa 4 Wochen.

Der Verhandlung liegen beschämende Vorfälle in der Erziehungsanstalt Scheu en im Hannoverschen zugrunde. Nachdem am 18. Februar vorigen Jahres eine Anzahl Zöglinge der Anstalt rebelliert hatten, indem sie die Fenster einschlugen, und mit Stuhlbeinen bewaffnet vor dem Dienstzimmer des Rektors Straube

demonstrierten, griff dieser in keiner Weise seiner Aufgabe gewachsene Direktor zu dem völlig verkehrten Mittel, eine "Topfkratzergarde" zusammenzustellen, die animiert von Straube, die aufsässigen Kameraden schwer misshandelte, wobei einer der Verprügelten so schwer verletzt wurde, dass er an den Folgen des Überfalls starb. Trotzdem die zuständigen Wohlfahrtsämter das Prügeln von Zöglingen aufs schärfste missbilligen und verbieten, hat Straube zu diesem Mittel gegriffen, das jedem pädagogischen widerspricht. Die Behörden haben sofort scharf durchgegriffen und die Anstalt Scheuen aufgelöst; Straube ist seines Postens enthoben worden.

Der erste Verhandlungstag begann mit formalen Anträgen eines Verteidigers sowie mit den Bekundungen der Zöglinge, die an der Meuterei teilgenommen haben. Wie sie angeben, ist der Grund der Revolte das übrigens unbestätigt gebliebene Gerücht gewesen, dass Straube weibliche Zöglinge geschlagen habe. Weiter ergab sich, dass die Meuterer mit Stuhlbeinen in der Hand unter Absingen kommunistischer Kampflieder vor Straubes Arbeitszimmer gezogen sind.

+ + +
Wirbelsturmkatastrophe im Sauerland. Ein Wirbelsturm, der am Mittwoch über dem Elsetal tobte und besonders die westfälischen Ortschaften Plettenberg, Oberstadt Holthausen und Hirschscheid verwüstet hat, riss u.a. eine Drahtstiftfabrik völlig vom Erdboden fort. Neben einem Toten sind 80 Verletzte zu beklagen. Wie Bewohner der in Mitleidenschaft gezogenen Ortschaften berichten, wurde am Himmel nach einem schweren Gewittersturm eine trichterförmige grauschwarze Wolke gesichtet, die mit rasender Geschwindigkeit, begleitet von einem sirenenartigen wilden Geheul, näher und näher kam und sich immer mehr vergrösserte. Aus einer Höhe von etwa 100 Metern ging sie dann über Plettenberg und Holthausen nieder, wobei die Ortschaften völlig in Dunkel gehüllt wurden. Aus den Häusern ertönten Hilferufe. Schwere Baumstämme und Balken von abgedeckten Häusern flogen unter donnerndem Krachen auf die Strasse. Schornsteine und Mauerwerk fielen wie Kartenhäuser ein. Dem Wirbelsturm, der nur zwei Minuten dauerte, folgte ein riesiger Wolkenbruch. Der Schaden ist noch nicht annähernd zu übersehen, geht jedoch in die vielen Hunderttausende. Das Gehölz eines fünf Morgen grossen Waldes bei Döbbinghaus wurde völlig umgeknickt. Ein Fahrzeuglenker, der in die Gewalt des Tornados kam, wurde 30 Meter weit durch die Luft geschleudert, wobei er gefährliche Knochenbrüche und Quetschungen erlitt.

+ + +
Raubüberfall auf Geldbriefträger. Auf den 62jährigen Berliner Geldbriefträger Assatyk wurde am Donnerstag vormittag in einem Hause in der Kopernikusstrasse in Berlin O ein Raubüberfall verübt. Zwei junge Burschen, die mit Totschlägern ausgerüstet waren, fielen im Hausflur über den Geldbriefträger her, der jedoch geistesgegenwärtig genug war, sofort von seinem Gummiknüppel Gebrauch zu machen. Es gelang ihm, die Räuber abzuwehren, worauf sie die Flucht ergriffen. Assatyk verfolgte sie und nahm mit Hilfe von Passanten und einer Polizeistreife einen der Räuber fest. Der zweite wurde später in seiner Wohnung verhaftet. Die Beamten fanden den Mann durch Hunger vollkommen entkräftet auf und gaben ihm Brot zu essen, ehe sie ihn auf die Wache brachten. Die beiden jungen Menschen, die seit langer Zeit arbeitslos sind, und sich anscheinend in grösster Not befinden - der eine ist ausgesteuert und erhält keinen Pfennig Unterstützung mehr - haben die verbrecherische Tat bereits vor einigen Tagen angekündigt und planmässig in Szene gesetzt.

+ + +
Mädchenschulklasse verunglückt. Eine auf einem Schulausflug befindliche Klasse einer Mädchenschule in Helmbrecht (Oberfranken) betrat unter Führung des Lehrers eine Holzbrücke, die über die Selbitz führte. Plötzlich brach die Brücke ein und riss 25 Mädchen in die Tiefe. Acht wurden schwer verletzt.



Ausklang in Genf.

Ein Erfolg der Bergarbeiter.

SPD. Genf, 18. Juni (Big. Drahtb.)

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf wurde am Donnerstag geschlossen. Ihre letzte Sitzung brachte der Arbeitergruppe zwei wichtige Erfolge.

In der namentlichen Schlussabstimmung über die Revision der Konvention zum Verbot der Nacharbeit der Frauen wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 76 Stimmen nicht erreicht. 74 Delegierte waren dafür, 40 dagegen. Vor allem aber wurde das im vorigen Jahr mit wenigen Stimmen gescheiterte Abkommen über die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau mit der nötigen Zweidrittelmehrheit von 81 gegen 2 Stimmen bei 31 Enthaltungen endgültig verabschiedet. Langanhaltender Beifall der Arbeiter- und Regierungsvertreter begrüßte dieses Ergebnis. Die Unternehmer versuchten noch im letzten Augenblick, das Abkommen zum Scheitern zu bringen. Sie enthielten sich geschlossen der Stimme, um die Beschlussunfähigkeit herbeizuführen.

Durch die endgültige Annahme des Konventionsentwurfes, der die Arbeitszeit im Kohlenbergbau international regelt, ist der Weg für eine soziale und wirtschaftliche Verständigung im europäischen Kohlenbergbau nunmehr geöffnet. Die Arbeitergruppe sieht in der Annahme einen Erfolg des Prinzips, obwohl die materiellen Verbesserungen, die das Abkommen bringt, im Lichte der Gegenwart bescheiden, unzureichend erscheinen. Die Tatsache, dass bereits drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens eine Revisionsmöglichkeit im Sinne der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit gegeben ist, hat die bis zuletzt bestehenden Bedenken der Arbeitergruppe schliesslich zurücktreten lassen.

Es kommt nun darauf an, dass die Ratifikationen dieses Abkommens möglichst bald vollzogen werden. Für das Inkrafttreten genügen bereits zwei Ratifikationen der wichtigsten europäischen Kohlenländer. Es wird Aufgabe der Regierungen sein, im Wege gegenseitiger Abmachungen in kürzester Frist das Abkommen praktisch wirksam werden zu lassen. England und Deutschland waren bereits entschlossen, im Falle einer Ablehnung durch die Konferenz in Zwischenverhandlungen ein Übereinkommen ähnlicher Art zu treffen.

Für Deutschland bringt das Abkommen eine Arbeitszeitverkürzung von $\frac{1}{4}$ Stunde im Steinkohlenbergbau unterm Tage, das sind für etwa 300 000 unterm Tage beschäftigte Bergarbeiter 75 000 Arbeitsstunden täglich. Für den Braunkohlentiefbau einschliesslich der bayerischen Pechkohle bewegt sich die Verkürzung zwischen $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{2}$ Stunden für etwa 12 000 Arbeiter; im Tagebau der Braunkohle, für den nunmehr das Washingtoner Abkommen angewandt wird, verkürzt sich im rheinischen Revier die Arbeitszeit um $\frac{1}{4}$ Stunde, das sind bei 12 000 Arbeitern 6 000 Arbeitsstunden täglich. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier bleibt es bei der bisherigen Arbeitszeit, die bekanntlich durch das neue Abkommen vom 2. Mai auf 8 Stunden vereinbart worden ist. Der Saarbergbau, der gegenüber dem Abkommen bereits eine kürzere Arbeitszeit hat, erhält durch den eingefügten Garantieartikel die Sicherung, dass durch die Anwendung des Abkommens keine Verschlechterungen eintreten. Dadurch wird für die Rückgliederung des Saargebietes die Situation zweifellos erleichtert. Zieht man alle Arbeitszeitverkürzungen in Betracht, die das Abkommen für Deutschland bewirken wird, so ergibt sich daraus eine zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit für etwa 10 bis 20 000 Bergarbeiter. Die Ueberstundenregelung, die augenblicklich mehr theoretische

als praktische Bedeutung hat, weicht von der bisherigen Regelung beträchtlich ab. Nach der Arbeitszeitverordnung sind nämlich bis zu 600 Arbeitsstunden im Jahre zugelassen, während nach dem Abkommen im Steinkohlenbergbau diese Zahl auf 60 Ueberstunden begrenzt wird.

Alles in allem bedeutet das Abkommen einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der bisherigen deutschen Gesetzgebung.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat zu Montag die Spitzenverbände der Gewerkschaften zu einer Besprechung über die Frage der Arbeitszeitverkürzung geladen. Die Reichsregierung ist durch die Notverordnung ermächtigt worden, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbe, Gewerbebezüge, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern die in der Arbeitszeitverordnung vorgesehene regelmässige Arbeitszeit bis zu 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und die Zulässigkeit von Mehrarbeit von der Genehmigung der Gewerbeaufsicht abhängig zu machen.

Wir sind auf das Ergebnis dieser Besprechung gespannt. Die Ermächtigung gilt nur für Betriebe und Verwaltungen, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter oder mindestens 10 Angestellte beschäftigt werden und ist auch sonst noch durch allerhand Bestimmungen stark eingeschränkt. -

+

Die Angestelltenorganisationen hatten mit der Regierung bereits eine Besprechung wegen Einführung der in der Notverordnung vorgesehenen 40stündigen Arbeitszeit bei den Reichsverwaltungen und -betrieben. Sie stellten dabei folgende Forderungen besonders heraus: Zunächst Durchführung der 48stündigen Arbeitswoche in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben ohne weitere Gehaltskürzung, keine Einschränkung der Vierzigstundenwoche auf die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe, Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitszeit der Beamten, keine weitere Gehaltsverminderung bei Einführung der 40-Stundenwoche, Zwang zur Neueinstellung und dabei Bevorzugung der abgebauten Behördenangestellten.

SPD. In dem grossen Arbeitskampf zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum in der nordfranzösischen Textilindustrie des Bezirks Roubaix-Tourcoing, der nun schon wochenlang dauert, steht jetzt allen Anzeichen nach die Entscheidung vor der Tür. Die Unternehmer machen gewaltige Anstrengungen, um die Arbeiter unter Verzicht auf ihre bisherigen Forderungen wieder in die Betriebe zu bringen. Sie hatten bisher damit kein Glück und scheinen auch im Endkampf keinen Erfolg zu erzielen. Ihre Hoffnung, dass bei der für den kommenden Montag geplanten Wiedereröffnung der Betriebe unter Abschaffung der Anwesenheitsprämie die Belgier in der Mehrzahl die Arbeit wieder aufnehmen, dürfte sich nicht verwirklichen; denn die sozialistischen belgischen Gewerkschaften haben beschlossen, nur mit ihren französischen Kameraden zusammen wieder an die Arbeit zu gehen. Die christlichen belgischen Gewerkschaften werden wohl dieselbe Haltung einnehmen. In Frankreich haben die Christen bei dem Liller Präfekten die sofortige Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens beantragt um den Kampf so schnell wie möglich gütlich zu schlichten.

Die Textilunternehmer stehen bereits stark unter dem Druck der englischen Konkurrenz. Sie werden daher wohl oder übel sich zum Einlenken bequemen müssen.

Wirtschaft Technik Ganze

Reinemachen bei Nordwolle.

(Ein typischer Fall.- Arbeiterschaft zahlt die Zeche.)

SPD. Der Aufsichtsrat der Norddeutschen Wollkämmerei u. Kammgarnspinnerei in Bremen macht jetzt Mitteilung über die Verluste im abgelaufenen Jahr. Sie werden mit rund 24 Millionen Mark angegeben. Dabei sind die Tochtergesellschaften aber nicht erfasst, sodass mit weiteren Verlusten gerechnet werden muss. Das Unternehmen hat sich vorerst neue Mittel von einer ausländischen Finanzgruppe beschafft, wofür es 30 Millionen Mark Vorzugsaktien zur Verfügung zu stellen hat. Im Zusammenhang damit scheiden einige Vorstandsmitglieder aus, darunter auch Friedel Lahusen. Der frühere langjährige Direktor und gegenwärtige Vorsitzende des Aufsichtsrats Rodewald wird wieder die Leitung der Vorstandsgeschäfte übernehmen. Damit endet ein Experiment in der Nordwolle, die auch sozialpolitisch viel experimentiert hat, in geradezu typischer Weise.

Herr Lahusen war ein schwerreicher Mann. Sein Unternehmen, die Norddeutsche Wollkämmereierwerke, war so gut fundiert, dass sich die Banken darum rissen diesem Unternehmen Kredite geben zu können. Damit war Herr Lahusen nicht zufrieden, er wollte grösser werden. Nach der Inflation, die in gewissen "Wirtschaftsführern" das vertikale Gründungsfieber erzeugt hatte, ging's auch bei ihm durch. Er stellte um, er gründete, er baute auf, kurzum, er tat genau das selbe, was viele unserer Industriellen mit fieberhafter Geschäftigkeit zum Schaden der ganzen Wirtschaft in den letzten Jahren getrieben hatten. Nur vielleicht noch ein bisschen fieberhafter, überstürzter, unkontrollierter als die andern. Vielleicht weil er sein grosses Portemonnaie kannte, vielleicht weil auch die Banken, die ja jetzt mit dabei sein durften, gegen den Bremer Hanseaten nicht aufzutreten wagten.

Jedenfalls ist sicher, dass weder im Betrieb selbst, noch bei den Banken jemand war, der sich energisch gegen die wilden Pläne eingesetzt hätte. Ein Mitdirektor, der den Versuch machte, wurde nach kurzer Zeit in den Aufsichtsrat abgeschoben.

Dann gingen die Gründungen los: die Toga, eine Vereinigung von 9 früher selbständigen Webereien in Sachsen und Westdeutschland mit einem Aktienkapital von 10 Millionen, die Alroga, die Vereinigung von Strickereibetrieben aus Sachsen und Württemberg mit 15 Millionen und die Nova, in der mehrere Strumpffabrikationen zusammengeschlossen sind. So phantastisch die Namen, so phantastisch die Schulden! Toga allein wies bei der letzten Bilanz 21 Millionen Mark Bankschulden aus; bei den andern Tochterunternehmungen lagen weniger Bankschulden vor, dafür waren aber erhebliche Verluste zu verzeichnen. Von dem gesamten Status kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man erfährt, dass im vorigen Jahr etwa 138 Millionen Verbindlichkeiten vorlagen, bei einem Aktienkapital von 75 Millionen. Um aus der Klemme zu kommen, unterliess man die regulären Abschreibungen und steckte den Gewinnüberschuss von 1,3 Millionen hinein. Wie üblich, wurden in Laufs dieses Jahres durchaus optimistisch gehaltene Berichte herausgebracht, aufgrund deren man, wenn auch nicht mit einem diesjährigen Gewinn, so doch mit einer inneren Gesundung rechnen konnte. Im November noch wurde die bereits wieder unruhig gewordene Interessenschaft mit freundlichen Worten getröstet, die Lage sei durchaus nicht unbefriedigend, die gesamten Verpflichtungen würden stark abgebaut werden, die Tochtergesellschaften mit den

Indianernamen hätten zwar mit Verlust gearbeitet, aber die Gesellschaft sei doch der Ansicht, dass nunmehr alles aufwärts gehen würde. Das war im November. Heute, im Juni, sieht man, dass der Blick der Herren durch den Novembernebel entschieden etwas getrübt war, wenn sie eine Aufwärtsentwicklung festzustellen meinten; jetzt zeigt es sich nämlich in aller Klarheit: die Schuldenmasse ist fast unverändert, sie wird auf 136 Millionen geschätzt: die Verluste betragen 24 Millionen Mark. Nennenswerte Reserven sind nicht vorhanden. Da die grossen Gläubiger ein solches Riesenobjekt wie die Nordwolle nicht zum Konkurs kommen lassen, da die Werte heute kaum zu realisieren sind, hat man krampfhaft nach einem Modus gesucht, der dem Unternehmen die weitere Existenz ermöglichen soll. Dabei sind die oben erwähnten Abmachungen herausgekommen. Es wird dabei die Hilfe einer ausländischen Finanzgruppe in Anspruch genommen. Natürlich sind nicht nur ausländische Banken bei der Nordwolle beteiligt. Einige deutsche Banken hängen mit zum Teil recht erheblichen Summen. Auch eine bekannte Grossbank soll mit recht hohen Summen festliegen und zwar handelt es sich um eine Bank, deren Generaldirektor so leidenschaftlich für die Gesundung der öffentlichen Finanzen einzutreten pflegt, dass er sich sogar zu der Meinung bekannt hat, zur Erreichung dieses Zieles sei auch ein Verhandeln mit den Nazis gar nicht so scharf abzulehnen. Er sollte bei dieser Energie nicht vergessen, dass auch in seinem Bereich verschiedene Schönheitsfehler auszumerzen sind. Es ist richtig, dass auch diese Bank nicht umgeschmissen wird, wenn hier und da grosse Millionenverluste entstehen und wenn ein Teil der Kredite auf Jahre hinaus festfriert. Aber nicht zu bestreiten ist, dass durch diese Handhabung der Kredite zum grossen Teil die Fehlinvestitionen mit verschuldet sind, unter denen mehr noch als die Interessenten die gesamte Wirtschaft und speziell die Arbeitnehmer leiden. Die Arbeitnehmer sind es ja, die zuerst die Zeche bezahlen müssen. Nach der Statistik des Deutschen Textilarbeiterverbands hat sich die Belegschaft der Nordwollewerke ohne die Tochtergesellschaften seit 1928 um rund 20 % vermindert. Da das Sanierungsprogramm grössere Betriebseinschränkungen vorsieht, ist mit einem weiteren Abbau zu rechnen. - Wenn man auf der andern Seite hört, dass in der Textilindustrie noch dauernd Ueberstunden gefordert werden, so sieht man, dass die schlimmen Folgen der Fehlinvestitionen in erster Linie den Arbeitnehmer treffen. Durch seine Schlechterstellung will man zurückgewinnen, was man durch eigne Fehler eingebüsst hat.

Kann man bestreiten, dass riesige Fehler gemacht worden sind? Das ist nicht möglich. Schon bei der Auswahl der anzugliedernden Fabriken bewies Herr Lahusen keine sehr glückliche Hand. Er griff in die Verarbeitung hinüber, was bei Textilindustrie immer ein gewisses Risiko bedeutet. In diesem Fall kam erschwerend hinzu, dass die angegliederten Fabriken zum grosse Teil Schuldner des Nordwollekonzerns waren. Nun ist klar, dass gerade die nicht sehr leistungsfähigen Werke am schlechtesten regulierten und daher am bequemsten zu haben waren. Daher kommt es, dass unter den neuen Angliederungen ein grosser Teil schlecht arbeitender Werke war, deren Instandsetzung und Ausbau viel Geld kostete. Jetzt, nachdem das Geld verloren ist, wird unter Druck der ausländischen Kreditgeber das grosse Reinemachen einsetzen; die Tochtergesellschaften der Verarbeitungsindustrie sollen zum grossen Teil abgestossen werden, was bei einem Teil dieser Unternehmungen zur völligen Stilllegung führen wird. -

So ist auch hier wieder im engen Zusammenwirken zwischen Grossbanken und Industrie wertvolles Kapital vernichtet worden. Nordwolle, Karstadt, Wicking Zement, Linoleum Union - - die Reihe wird immer länger. Man sollte sie genau verfolgen, gerade jetzt, da gewisse Unternehmer, im Vertrauen auf die Unkenntnis breiter Schichten in wirtschaftlichen Dingen, sich mit nicht missverstehender Deutlichkeit als die starken Retter der deutschen Wirtschaft anbieten.

SPD. Der Landesverband Preussen im Bunde Deutscher Mietervereine wendet sich in einer Eingabe an die preussische Staatsregierung gegen weitere Lockerung des Mieterschutzgesetzes.

In dieser Eingabe heisst es u.a.: "Angeblich beabsichtigt die Preussische Regierung, für alle teuren Wohnungen und Grosswohnungen das freie Kündigungsrecht auch für bestehende Mietverhältnisse einzuführen und jeden Mietzinsschutz aufzuheben. Demgegenüber wird in der Eingabe darauf hingewiesen, dass das Leerstehen bestimmter Grosswohnungen kein Beweis dafür ist, dass in diesen Wohnungsarten ein allgemeiner Wohnungsüberschuss vorhanden sei. Die Wohnungen befänden sich zu einem grossen Teil in Gegenden, deren Wohnwert seit 1914 durch Verstärkung des Verkehrs erheblich gesunken sei. Die Mieten ständen zu dem Wohnwert und der Inneneinrichtung der Wohnungen in einem starken Missverhältnis, ebenso hätten die Wohnungsbewerber für solche Wohnungen in der Regel mehrere tausend Mark für die Renovation aufzuwenden. Die Einführung des freien Kündigungsrechtes für solche Wohnungen hätte auch nach Verlust zahlreicher Existenzen zur Folge, da Aerzte, Anwälte, etc. in diesem Falle nicht nur ihre Wohnung, sondern vielfach auch ihre Existenz verlieren würden. Vielfach würden grössere Wohnungen auch von wirtschaftlich schwachen Mietern bewohnt, welche aus der Inflation als einzigen Wert ihre Wohnung und die vorhanden gewesene Möbeleinrichtung gerettet hätten. Durch Untervermietung seien diese durch die Inflation verarmten Volkskreise jetzt noch in der Lage, eine bescheidene Rente zu erzielen. Für diese Mieterschichten bedeute die Einführung des freien Kündigungsrechtes bei dem Mangel an billigen Kleinwohnungen in vielen Fällen auch die Gefahr der Obdachlosigkeit. Aus diesen Gründen wird die Weitergeltung des bestehenden Mieterschutzes gefordert".

SPD. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Koch ist kürzlich vom Schöffengericht Königsberg wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hertz und anderer Sozialdemokraten verurteilt worden. Koch hatte Dr. Hertz Landesverrat zugunsten Polens vorgeworfen. Wegen seiner bisherigen Unbestraftheit erhielt Koch nur eine Geldstrafe von 500 Mark, der Gewährsmann Kochs dagegen eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Während die Beschuldigungen gegen Dr. Hertz nicht nur widerlegt wurden, sondern auch die Tatsache bewiesen wurde, dass gerade die Sozialdemokratie sich für die Erhaltung Ostpreussens beim Reich eingesetzt hat, brachte das Gericht die interessante Tatsache ans Licht, dass der Gewährsmann Kochs schon mehrfach wegen Spionage zugunsten Polens vorbestraft ist.

Bezeichnend für die Unbedenklichkeit dieser nationalsozialistischen Verleumdungstaktik ist die Tatsache, dass der Abgeordnete Koch zur selben Zeit, in der sein Zusammengehen mit dem polnischen Spion bekannt wurde, im Reichstagsuntersuchungsausschuss über die Roggenstützung sich ebenfalls wieder mit einem Gewährsmann einliess, dessen Unzuverlässigkeit er genau kannte. Als in diesem Ausschuss die Geschäfte der Roggenstützung nachgeprüft wurden, sass am Präsetisch der Nationalsozialisten ein wegen dienstlicher Unzuverlässigkeit und Lügenhaftigkeit fristlos entlassener Angestellter der mit der Stützungsbeauftragten Reichsstelle. Dieser entlassene Angestellter nimmt nicht nur als Berichterstatter der nationalsozialistischen Blätter an den Verhandlungen des Ausschusses teil, sondern wird von Koch aus für seine demagogischen Behauptungen benutzt. Es ist festgestellt, dass die nationalsozialistische Partei diesem Mann offizielle Fragebogen zur Ausfüllung überreicht und ihn als Zuträger während der Verhandlungen benutzt, bevor der nationalsozialistische Sprecher, der Abgeordnete Koch das Wort nimmt. Angesichts dieser Zustände ist es nicht verwunderlich, wenn in der nationalsozialistischen Presse in der letzten Zeit die tollsten und verlogenen Skandalmeldungen über angebliche "Vorgänge bei der Roggenstützung" auftauchten. Lange genug hat diese systema-

tische Vergiftung der öffentlichen Meinung gedauert, ohne dass etwas dagegen getan wurde. Jetzt hat der Oberpräsident der Rheinprovinz die in Geldern erscheinende nationalsozialistische "Niederrheinische Tageszeitung" wegen des Artikels "Schieles Roggenpolitik oder die Verschacherung deutschen Volksvermögens an Getreidejuden und sozialdemokratische Beamte" auf 4 Wochen verboten.

Es ist dringend zu fordern, dass den nationalsozialistischen Lügnern und Ehrabschneidern in Zukunft ihr gemeingefährliches Treiben gelegt wird!

SPD. Der Reichsverband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften, der aus der grossen Verschmelzung der landwirtschaftlichen Genossenschaften hervorgegangen ist, halt in Swinemünde zur Zeit seine ordentliche Generalversammlung ab. Dem Riesenunternehmen sind über 36 000 Genossenschaften angeschlossen. Die 28 Zentralkassen verfügen über ein Vermögen von 100 Millionen Mark. Die Einnahmen haben die zweite Milliarde überschritten. Die landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften bezogen Waren von über 525 Millionen Mark gegenüber 564 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Milcheinlieferung hat sich von 4,4 Milliarden Litern auf 4,5 Milliarden gesteigert, die Eiereinlieferung von 80 Millionen auf 215 Millionen. Die Getreideaufbringung verbesserte sich um 12%.

Reichsernährungsminister Schiele wandte sich auf der Tagung gegen die hohe Gewinnspanne des Handels. Im übrigen verlangte Schiele Zölle für die Veredelungsprodukte wie Butter, Eier, Milch, Käse usw. So sehr wir die Schiele'sche Attacke gegen die Handelsspanne begrüssen, so sehr müssen wir vor weiterer Zollexperimenten gerade in diesem Augenblick ganz besonders warnen, weil die Kaufkraft der Bevölkerung an sich schon überspannt ist. Eine weitere Anspannung ist nicht mehr möglich. Zölle, wie sie Schiele fordert, sind jetzt ein Verbrechen.

SPD. Am Donnerstag sind die Verhandlungen über die Gewährung eines Kredits an das Reich in Höhe von 250 Millionen Mark abgeschlossen worden. Es handelt sich um einen Kassenkredit. Für diesen Kredit gibt das Reich in 3 Monaten fällig werdende Schatzwechsel aus, die bis Ende des laufenden Rechnungsjahres, also bis Ende März 1932, prolongiert werden können. Der Zinssatz baut sich auf den Reichsbankdiskont auf, der bei den jeweiligen Einzahlungen gilt. Die Einzahlungen haben im Juni bzw. Juli zu erfolgen. Die Anleihe erhält eine besondere Sicherung durch die Eingänge bzw. Sparmassnahmen, die in der letzten Notverordnung vorgesehen sind.

SPD. Die Entspannung am Devisenmarkt hat sich am Donnerstag fortgesetzt. Die Anforderungen an Devisen waren weit geringer als in den Vortagen; z.T. will man eine grössere Nachfrage nach Markbeträgen beobachten. Das lässt den Schluss zu, dass sich die Banken sehr wahrscheinlich über das Mass ihrer Verpflichtungen hinaus mit Devisen eingedeckt haben und jetzt dazu übergehen, sich von ihren Devisenbeständen, die sie aufgekauft haben, um für alle Fälle gerüstet zu sein, zu trennen. - Das Tempo der Geldabzüge hat sich weiter verlangsamt. Trotzdem muss man für die zweite Junihälfte noch mit weiteren Zurückzahlungen rechnen. Voraussetzung ist dabei, dass sich die Lage nicht wieder kompliziert. Verstimmend haben die neuen Verlustabschlüsse z.B. bei der Nordwolle gewirkt. Man sagt sich, dass die Verluste nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise sind, sondern dass bei ihrer Entstehung Unzulänglichkeiten und Leichtsinne der Verwaltungen mitgewirkt haben. Eine solche Beurteilung kann nicht gerade günstig auf den deutschen Auslandskredit wirken. Man ist der Auffassung, dass die Regierung klug täte, durch eine Verschärfung des Aktienrechtes das Vertrauen des Auslandes zu der Leitung der privaten Wirtschaft in Deutschland zu heben.

Roggen besser.

(Berliner Getreidebörse vom 18. Juli)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag in uneinheitlicher Haltung. Am Roggenmarkt haben die Offerten nachgelassen, sodass die Preise fester lagen. Auf die Weizennotierungen drückte weiteres Angebot in Danziger Weizen, welches die Mühlen der geringeren Qualität wegen nur zu weichenden Preisen aufnahmen. Am Promptmarkt konnte Roggen etwa um 1 bis 2 Mark anziehen, da sowohl Berliner als auch Provinzmühlen Nachfrage zeigten. Auch in neuem Roggen blieb das Angebot mässig. Für Weizen gaben die Preise am Promptmarkt um einige Mark nach. Der Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte folgte der Entwicklung. Juliweizen war bis zu 4 Mark schwächer. Auch die Notierungen für Weizen aus neuer Ernte wurden mitgezogen und gaben um etwa 1 Mark nach. Roggen um $\frac{3}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ Mark fester. Weizenmehl liegt weiter still, Roggenmehl ist dagegen gefragt und im Preis behauptet. Hafer und Gerste waren weiter ausreichend angeboten, aber nur gering umgesetzt. Hafer ziemlich stetig.

	<u>17. Juni</u>	<u>18. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	272 - 274	-
Roggen	203 - 205	205 - 207
Futter- und Industrieroggen	192 - 208	192 - 208
Hafer	176 - 180	174 - 177
Weizenmehl	32,25 - 37,50	32,00 - 37,25
Roggenmehl	27,00 - 29,00	27,25 - 29,50
Weizenkleie	13,90 - 14,20	13,90 - 14,20
Roggenkleie	12,75 - 13,00	12,75 - 13,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 273 - 270$\frac{1}{2}$, (Vortag 277)</u>		
September 236 - 234 $\frac{1}{2}$ (237), Oktober 236-235 (237). Roggen Juli 201 $\frac{1}{2}$ -202-201 $\frac{1}{2}$ (200), September 187 $\frac{1}{2}$ -187 (186 $\frac{3}{4}$), Oktober 188 $\frac{1}{2}$ und Brief (187 $\frac{1}{2}$). Hafer Juli 182-180 $\frac{1}{4}$ (182), September 158-156 (158 $\frac{1}{2}$), Oktober 158 $\frac{1}{2}$ -157 Brief (-).		

 Amtliche Eiernotierungen.

(18. Juni)

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission. A) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 g 10, über 60 g 9, über 53 g 7,75, über 48 g 6,50, frische Eier über 53 g 7,25, aussortierte kleine und Schmutzeier 5,50. B) Auslandseier: Dänen 18er 10,25, 17er 9,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 8,25, Schweden 18er 10,25, 17er 9,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 8,25, Estländer 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7,75 - 8. Holländer 68 g 10,50, 60-62 g 8,50-9, 57-58 g 8 - 8,25, Rumänen 6,50 - 6,75, Russen grosse 6,50-6,75, normale 6,25, abweichende 5,50 - 6, kleine Mittel- und Schmutzeier 5. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: Regen, Tendenz: Ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 45

Berlin, den 18. Juni 1931

Moral und Wissenschaft.^x

Ein Nachwort zum Kongress der Frauenärzte.

SPD. Man könnte sagen, es handelte sich hier um ein politisches Problem; man könnte vielleicht auch sagen, eine ethische Frage liege hier vor! -Beides mag richtig sein; es mag politisch für die Politiker und ethisch für die kirchlichen Instanzen sein. Zweifellos aber ist es für den Arzt eine ausschliesslich ärztliche Angelegenheit. Man mag zu dem Kampf um den § 218 stehen, wie man will; kein Mensch wird bestreiten wollen und können, dass tausende junger Frauen jährlich an den Folgen unsachgemässer Abtreibung zugrunde gehen und zehntausende schweren Schaden an ihrer Gesundheit erleiden. Die Gynäkologen selbst betonen immer wieder, dass sie alle Hände voll zu tun haben, um hier als Aerzte zu heilen. Nichts läge nun näher als den uralten medizinischen Grundsatz anzuwenden: "Vorbeugen ist besser als Heilen". Was aber für die gesamte moderne Hygiene gilt, was für den Kampf gegen die Tuberkulose, den Kampf gegen den Krebs, den Kampf gegen die Alterskrankheiten, gegen die Kreislaufkrankung und nicht zuletzt gegen die Geschlechtskrankheiten gilt, das soll für die Frauenärzte nicht gelten! So will es noch immer eine starke Gruppe unter den Gynäkologen!

Das Programm des diesjährigen Gynäkologenkongresses in Frankfurt am Main schien ungewöhnlich fortschrittlich zu sein. Nicht etwa, dass sich einer der Referenten für eine Beseitigung des § 218 eingesetzt hätte. Aber es wurde doch in dem ausserordentlich klugen Vortrag des Breslauer Ordinarius Professor Dr. Fraenkel wenigstens das Eine deutlich zum Ausdruck gebracht, dass "rechtzeitiger Schutz besser sei als Abtreibung mit ihren Folgen, und dass infolge der schlechten Lebensbedingungen ein Schutz gegen allzu starke Fortpflanzung mit allen Mitteln der Wissenschaft eifrig gesucht werden müsse". Eine Reihe von Vertretern der älteren Generation der Frauenärzte hat sich mit starken Ausdrücken gegen dieses Referat gewandt. Immerhin muss mit allem Nachdruck hier festgestellt werden, dass alle wesentlichen Einwände nicht vom ärztlichen Standpunkt aus, sondern lediglich mit moralischen und bevölkerungspolitischen Motiven begründet wurden.

Was soll man aber dazu sagen, dass Aerzte eine ärztliche Unterlassung mit Motiven begründen, die jeder kirchlichen Instanz wohl anstehen würden, die aber allen ärztlichen Grundsätzen geradezu ins Gesicht schlagen! Man mag die Unterbrechung der Schwangerschaft als einen gefährlichen Eingriff ablehnen, mag man vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus eine grössere Vermehrung des deutschen Volkes für wünschenswert erklären, mag man eine Verrohung der Sitten in den Nachkriegsjahren feststellen und bekämpfen, welches Recht haben aber gerade die Frauenärzte, die Verringerung der unzähligen Fälle schwerer Frauenleiden mit der Begründung des Kampfes um die Hebung der Sittlichkeit des deutschen Volkes abzulehnen?

Die Gynäkologen sind Aerzte, und es muss von ihnen gefordert werden, dass sie als Aerzte denken und als Ärzte handeln. Niemand wird es Ihnen verargen, wenn sie gewichtige Einwände gegen die Beseitigung des umstrittenen Paragraphen erheben. Hier hat ihre Wissenschaft zweifellos das letzte Wort zu sprechen. Es ist aber eine Überschreitung ihrer Kompetenz, wenn sie auch da mit moralischen Gründen kommen, wo ihrer ärztlichen Hilfe an sich keine wissen=

schaftlichen Bedenken gegenüber stehen,

Und dennoch würde kein rechtlich denkender Mensch gegen die Entschliessung des Gynäkologenkongresses und gegen die Stellungnahme der dort aufgetretenen führenden Frauenärzte etwas einwenden können, wären nicht eben jene Zehntausende junger Frauen, auf deren Kosten diese moralische Haltung der Frauenärzte geht.

Es kann für den Arzt nur einen Grundsatz geben: "mens sana in corpore sano"; d.h.: "Erst den Körper heilen, dann wird der Geist von selbst gesund".

Und den Körper zu heilen, das ist die unbestrittene, aber auch unabweisbar erste und wichtigste Aufgabe derjenigen, die nun einmal die Heilung des Körpers zu ihrem Beruf erwählt haben.

Dr. A. Wilhelm.

Die Frau des Präsidenten.^x

SPD. Von Glanz und Reichtum, von interessanten Ereignissen und mannigfacher Abwechslung umgeben - so stellt man sich vielfach das Leben einer Präsidentengattin vor. Seitdem es amerikanische Präsidenten gibt, sind auch ihre Frauen dem Lichte der Öffentlichkeit nahe gerückt worden und haben jeweils eine mehr oder minder schmeichelhafte Beurteilung erfahren. Am schlimmsten erging es wohl Mary Lincoln, der Gattin Abraham Lincolns, die den Aufstieg ihres Gatten vom einfachen Arbeiter bis zum Staatsoberhaupt miterlebt hat. Sie wird in allen Biographien als streitsüchtige Frau dargestellt, die ihrem Gatten die Hölle auf Erden bereitete, und die Amerikanerinnen ihrer Zeit scheinen sich einig darüber gewesen zu sein, dass keine Unwürdigere den Platz an der Seite ihres Gatten hätte ausfüllen können als diese "keifende Hexe", wie sie genannt wurde.

Umso überraschender ist es, in zwei neuerdings erschienenen Veröffentlichungen ein Porträt dieser Frau zu finden, das doch etwas anders anmutet, als es die landläufige Meinung gezeichnet hat. Catherine Helm, die Nichte Mary Lincolns hat in einem ausführlichen Werke, das eine Fülle von Briefen und Dokumenten aller Art enthält, eine Ehrenrettung versucht, die man wohl als gelungen bezeichnen darf. Aber auch eine Frau, die nicht mit Mary verwandt ist, die amerikanische Romanschriftstellerin Honoré Willsie Morrow, ist in einem Buche, das sie "Würdigung der Mary Lincoln" nennt, mit grossem Temperament gegen die überlieferte Meinung Sturm gelaufen und hat ihr vorgeworfen, das Bild einer begabten und bedeutenden Frau vollkommen verfälscht zu haben. In ihrem Roman "Forever free" ergänzt sie diese neue Charakteristik noch durch eine lebendige Schilderung von Situationen und Handlungen, die bisher vollkommen unbekannt geblieben waren. Zum ersten Male ist in diesen Werken, von denen leider noch keine deutschen Uebersetzungen vorliegen, ein Einblick in das Leben eines amerikanischen Präsidenten und seiner Familie gegeben worden, der die Wirklichkeit mit allen ihren Alltäglichkeiten und Kleinheiten erkennen lässt. Darüber hinaus aber wird hier die Einwirkung der grossen äusseren Geschehnisse, des Bürgerkriegs, der Sklavenbefreiung auf das Leben einer auf exponiertem Posten stehenden Familie mit einer Realistik ohnegleichen geschildert. Politische Hetze in der niedrigsten Form, Bedrohungen, Erpressungsversuche, Attentate - das alles drängt unaufhörlich auf die Familie des Präsidenten ein. Mary Lincoln war kaum in das Weisse Haus eingezogen, da wurde sie schon mit anonymen Briefen beleidigendsten Inhalts überschüttet. Man bezeichnete sie als Dienerin niederster Herkunft, in deren Adern Negerblut fliessen, erklärte ihr, sie niemals als Gattin des Präsidenten anzuerkennen, und forderte sie unter Bedrohungen auf, das Weisse Haus zu verlassen. Auf der Strasse wurde sie angerempelt und beschimpft. Waren ihre Kinder ausgegangen, so zitterte sie, dass gedungene Mörder sie getötet hätten,

wie man ihr gedroht hatte. So war das Familienleben gehetzt, unruhig, von düsteren Ahnungen Marys erfüllt, die Wahrheit wurden, als Lincoln dem Schuss eines Fanatikers zum Opfer fiel.

Ein tragisches Frauenleben spricht aus diesen Veröffentlichungen. Mary Lincoln hatte stets gegen zwei Fronten zu kämpfen, gegen die sogenannte gute Gesellschaft, der sie selbst entstammte, und die es ihr nicht verzeihen konnte, dass sie einen sozial unter ihr stehenden Mann geheiratet hatte, und gegen die proletarischen Schichten, die ihr misstrauten, weil sie bürgerlicher Abkunft war und nie die Armut kennen gelernt hatte. Ihr impulsiver, zu starken Gefühlsäusserungen geneigter Charakter trug noch dazu bei, die Kluft zu vertiefen, die eine versöhnliche, ruhige Gemütsart vielleicht manchmal hätte überbrücken können. So kannte man in der Öffentlichkeit meist nur die kritische, scharf beurteilende, ehrgeizige und darum schon von vorn herein unbeliebte Frau. Man wusste nichts von ihren Kenntnissen, ihren starken geistigen Interessen. Und als ein Freund ihres Gatten, der Senator Sumner, der ihre literarischen Interessen teilte, auch mit ihr in freundschaftlichen Bücheraustausch trat, da wusste man in Washington nur von einer neuen Liebesaffäre der Präsidentenfrau zu erzählen. Mary war ausser sich über diese Verleumdung, und es gelang ihr nicht, sich so weit zu bezwingen wie ihr Gatte, der keinen dieser persönlichen Angriffe ernst nahm. So war Mary Lincoln ausgestossen aus der Schicht, der sie entstammte, ohne einen Ersatz für diese Heimatlosigkeit bei der Arbeiterbevölkerung zu finden. Als sie ihren ersten Empfang im Weissen Hause gab, wie es ihre Pflicht war, da erschien niemand ihrer einstigen Freunde. Nur die niedrigsten Schichten der Bevölkerung waren vertreten, und auch sie gaben ihrem Missfallen oder im günstigsten Falle ihrer Gleichgültigkeit beredten Ausdruck. Als sie sich verabschiedeten, waren die Wände bis nahezu an die Decke bespuckt, und die Teppiche mussten verbrannt werden.

So gehörte schon ein aussergewöhnlicher, den Durchschnitt überragender Charakter dazu, den Anforderungen, die dieses Leben an eine Frau stellte, gewachsen zu sein. Ob Mary Lincoln dieser Charakter gewesen ist, das mag trotz dieser Veröffentlichungen, die immer wieder freundliche und helle Farben auftragen, dahingestellt bleiben. Aber so viel scheint sicher zu sein, dass die Frau des Sklavenbefreiers nicht die ewig keifende Hexe, ja, das "Monstrum an Gewöhnlichkeit", wie man sie nannte, gewesen ist, sondern eine begabte, geistig interessierte, hochstehende Frau, die schwer und bitter unter ihrer Vereinsamung und den Verleumdungen litt, denen sie ausgesetzt war.

Elke.

Das Idealdienstmädchen.^x

SPD. Auf einem Bücherkarren an einer Berliner Strassenecke stosse ich in der Makulatur-Abteilung, Stück für Stück 10 Reichspfennige, auf ein rotgebundenes Schriftchen mit Goldpressung, das den Titel führt: "Unser Dienstmädchen - was es wissen und leisten muss, und wie es sich verhalten soll." Das ist ja nun gerade keine Neuerscheinung: "München 1897" steht auf dem Titelblatt. Aber die Lehren und Ermahnungen, die zwei bürgerliche Damen, eine Frau Maria Salberg und eine Frau Elisabeth Glass, den Hausangestellten ihrer Tage mit auf den Weg geben, enthüllen die Seelen- und Geistesverfassung der "Gnädigen Frau" als Arbeitgeberin so vollkommen, dass man auch heute noch mit Vergnügen und Gewinn in diesem Leitfaden blättern wird.

Zunächst ein Appell an "Deutschlands Frauen": "Bekämpfen wir gemeinsam die unter den Dienenden herrschende Unzufriedenheit, unter deren Folgen die einfachsten wie vornehmsten Familien mehr und mehr zu leiden haben." Wie geschieht das? "Suchen wir auf religiöser Grundlage Arbeitsfreudigkeit und Pflicht

bewusstsein in Wort und Beispiel zu lehren..." Von körperlicher Schonung, von ausreichender Entlohnung kein Sterbenswörtchen. Im Gegenteil - dem jungen Mädchen wird zugerufen: "Auch hast du, mein liebes Mädchen, noch immer nicht eingesehen, wie weit wertvoller dir das Vertrauen und die Liebe deiner Herrschaft sein sollen - als die bare Münze - als der Lohn im Gelde, das doch so wenig irdisches Glück zu schaffen vermag!" Das Büchlein scheint in die falschen Hände geraten zu sein, denn eine unbekannte Leserin hat mit Bleistift allerhand höchst unehrerbietige Randbemerkungen dazu geschrieben. Zu der tiefsinnigen Betrachtung von dem geringen sittlichen Wert des "Lohns im Gelde" schreibt sie: "Wenn man's nicht hat". Aber auch die Bemerkungen über die Notwendigkeit der sozialen Unterschiede scheinen keinen Eindruck auf diese respektlose Person gemacht zu haben. Zu der Feststellung: seit die Welt besteht, bestehen auch die Unterschiede zwischen "Hoch und Nieder" - von "Arm und Reich" - von "Herrschenden und Dienenden"... Eines hat der Verstand der Menschen immer wieder einsehen gelernt, nämlich, dass es so, wie es eben ist, sein muss", hat sie ein grosses Fragezeichen an den Rand gemalt.

Und dann werden mit beweglichen Worten die Sorgen der reichen Leute geschildert: "Je höher die Stellung wird, je mehr Annehmlichkeiten, je mehr Ehren und Reichtum sie zu bringen scheint, um so grössere Lasten, um so mehr Sorgen, um so schwerere Verantwortung laden sie auf des Beneideten Schulter! Aber diese Sorgen, diese Kämpfe sieht eben keiner; sonst würde so mancher Kohlenträger seine schwere Bürde nicht tauschen mögen mit dem Riesenpack, der auf den Schultern dieser reichen, eleganten Leute lastet. Diese hört man aber nicht jammern, denn sie wissen, dass es so sein muss - aber das Hausmädchen mit seinen kräftigen Armen murret alle Tage über die Schwere der Kohleneimer, die sie vielleicht von dem Keller heraufzutragen hat. Könnte doch mancher seine Bürde wie die Kohleneimer niedersetzen, wie glücklich wären da viele!"

Man sollte denken, dass die Hausangestellte, die diese erschütternde Beschreibung des "Riesenpacks" auf den Schultern der "reichen, eleganten Leute" liest, das Kohlenschleppen und ähnliche angenehmen Beschäftigungen geradezu als Wohltaten empfinde. Aber nein - die Leserin schreibt an den Rand nur das eine hässliche Wörtchen "Stuss". - "Arbeit ist ein Segen!" ruft die Gnädigste aus. Und das Dienstmädchen antwortet: "Nur dann, wenn sie entsprechend bezahlt wird."

Das Kapitel "Ueb' immer Treu' und Redlichkeit" ist durchstrichen und verschmiert. Hier haben Worte offenbar nicht mehr ausgereicht, um die Empfindungen der Leserin wiederzugeben. "Fremdes Eigentum sei dir doppelt heilig! Wie manche Verbrecherlaufbahn, die am Schaffot endete, begann, als einst das Kind den Apfel stahl!" - Selbst davon ist die Unbelehrbare nicht zu überzeugen.

Die Randglossen hören schon nach den ersten 15 Seiten auf. Sicher nicht deswegen, weil die Leserin mit allem Folgenden einverstanden gewesen ist, sondern weil sie vermutlich die Lektüre eingestellt hat. Aber auch im zweiten Teil in der "Praktischen Arbeitsanleitung", steht manches Interessante... "Die Aufstehtzeit findest du gewöhnlich 6 Uhr im Winter, 5 oder $\frac{1}{2}$ 6 Uhr im Sommer. Muss ein Mädchen, das ununterbrochen die Nacht durch schläft, geweckt werden, und ist es trotz mehrmaligem Wecken nicht aus dem Bette zu bringen, so beweist dies nicht nur eine grosse Trägheit, sondern auch einen Mangel an gutem Willen und Lust zur Arbeit". Wann der Arbeitstag endet, erfährt man freilich nicht. "Sofern es die Lokalitäten oder die Lage der Kammer nicht gestatten, wenigstens im Sommer bei offenem Fenster zu schlafen.." Es wird demnach nicht als Ausnahme betrachtet, dass das Mädchen in einem unmöglichen Loche schläft. Aber "guten Willen und Lust zur Arbeit" soll sie trotzdem behalten!

Das Tagwerk des Hausmädchens - das Buch gilt nicht für Köchinnen - besteht in Frühstücksbereitung, "Reinigung und Ordnen der Wohnräume und Schlafzimmer", wobei "Tisch, Sofa und Bodenteppiche aus der Wohnung getragen und, wenn möglich, im Freien ausgeklopft und ausgebürstet" werden. "Wische oder putze auf den Knien das Zimmer". Dann kommen "Einkäufe". Dann werden der Hausfrau im Ko=

chen "Handdienste geleistet". "Nach dem Mittagessen beginnt deine Hauptarbeit, nämlich das Reinigen der Geschirre und Ordnen und Putzen der Küche". Bei der "Grossen Wäsche" ist "in allen Fällen Beihilfe zu leisten". Bügeln, Kleiderreinigung und Stiefelputzen gehören ebenfalls zum Tagespensum. Zum Schlusse gibt es gütigst noch Ratschläge für die Freizeit. Da wird ebenfalls gearbeitet der Keller oder der Boden aufgeräumt und Abfälle gesammelt für "Missionsstationen, die edle Menschen errichtet haben zum Zwecke der Erziehung und Heranbildung von armen Heidenkindern".

"Wirst du lesen und lernen in diesem Buche, dann kannst du versichert sein, dass dein Leben ein glückliches, zufriedenes ist".

Wir sind versichert.

Hermann Hieber.

Zwischen Vater und Mutter.^x

SPD. Die gesetzliche Scheidung löst in den meisten Kulturstaaten verhältnismässig leicht unerträgliche Ehen. Mann und Frau sind frei und können ein neues Leben beginnen. Zu Tragödien aber artet sehr oft die Trennung aus, wenn Kinder dazwischen stehen. Der Hass des erziehungsberechtigten Ehegatten überträgt sich auf das Kind, das zwischen beiden Partnern zerrieben wird. Der Kampf der Ehegatten wird bis zur gegenseitigen Vernichtung geführt. Der Fall des Pariser Buchdruckers François zeigt das mit aller Deutlichkeit.

+ + +

"Sie sind angeklagt, Ihre Frau mit dem Tode bedroht und sie geschlagen zu haben. Warum haben Sie das getan?"

Anstatt traurig den Kopf zu neigen, wie es Schuldige oft tun, richtet sich der Mann stolz auf, der vom Vorsitzenden des Seine-Schöffengerichts im Pariser Justizpalast verhört wird.

"Ich liebe meine kleine Jeanine über alles. Ich wollte nicht, dass sie bei ihrer Mutter bleibt, die ihr ein schlechtes Beispiel gab".

Die Situation ist klar. Der Angeklagte leugnet nicht. Er hat geschlagen. Das Gesetz fordert, dass er bestraft wird. Die Mindeststrafe wird über ihn verhängt: 16 Franken.

+ + +

Der Fall François ist einer von denen, die geradezu serienweise vor den Gerichten verhandelt werden. François fällt es eines Tages auf, dass seine Frau sich nicht wie eine ehrbare Bürgerin fuhr. Er glaubt ihre Wünsche erfüllt, ihr alles gegeben zu haben, damit sie glücklich und zufrieden sein kann. Sie leben in wohlgeordneten Verhältnissen und haben eine gesunde, sehr hübsche Tochter. Doch Madame François empfängt zu viele persönliche Briefe. Sie fährt von Sannois, wo die Familie ein niedliches Landhäuschen bewohnt, zu oft nach Paris. Herr François glaubt Beweise ehelicher Untreue zu haben. Er reicht die Scheidungsklage ein. Die Klage wird abgewiesen. Man lebt wieder zusammen. Aber wie!

Endlich wird auf beiderseitigen Wunsch erneut die Klage eingereicht, und die Scheidung durchgeführt. Jeanne, die Tochter, wird der Mutter zugesprochen. Der Vater erhält das Recht, sie zweimal in der Woche zu besuchen, und die Erlaubnis, sie in den Ferien einen Monat zu sich zu nehmen.

Vater François freut sich lange im voraus auf den Zeitpunkt der Wiedervereinigung. Mit den gepackten Koffern geht er am vereinbarten Tage nach der Wohnung der Mutter. Er wird nicht vorgelassen. Das Hausmädchen erklärt knapp, aber entschieden: "Mademoiselle will nicht mit ihrem Vater gehen!"

Neuer Schmerz, neue Demütigung. Wieder gilt es, das Gericht in Anspruch zu nehmen. Der Vater hat das Recht auf seiner Seite. So scheint es.

+ + +

Im Verhandlungssaal folgt ein Aufruf dem andern. Urteile am laufenden Bande. Der Fall François ist ebenso schnell erledigt, wie er vorgetragen wird. "Ich will nicht mit meinem Vater gehen", erklärt die Tochter. "Warum nicht?" fragt der Präsident. Leise Unterhaltung zwischen dem Mädchen und den Richtern. Das Urteil wird gesprochen. Der Vater wird abgewiesen. "Aber das Gesetz ist auf meiner Seite!" protestiert der Kläger. "Ich habe entschieden", sagt der Vorsitzende.

Das ist zu viel für Vater François. Aus dem Gerichtssaal sieht er die beiden Frauen stolz davonrauschen. Triumphierend. In gehässigem Einverständnis. François verliert seine Besinnung. Er zieht einen Revolver und schießt auf die Mutter.

+ + +
Mit ungeheurer Bewegung wird die Vernehmung der Tochter vor dem Schwurgericht erwartet. Es kommt allein auf das Mädchen an. Sie kann ihren eigenen Vater ins Bagno schicken, auf die Teufelsinseln, von denen kaum einer wiederkehrt.

Der Justizwachtmeister ruft: "Jeanne François!"

Eine Dame tritt vor das Gericht. 16 Jahre alt, in übertrieben elegantem Kostüm, letzter Chic. Ein grosser Hut verbirgt das Gesicht. Nur, wenn die Zeugin den Kopf hebt, sieht man das Profil und die harten schwarzen Augen, die unversöhnlich von dem Angeklagten abgewandt sind. "Mein Vater sagt, meine Mutter habe mich gehindert, zu ihm zu kommen. Meine Mutter war nicht schuld. Es war mein eigener Wille. Mein Vater ist jähzornig. Er schlug mich..."

Die Zeugen sagen, der Angeklagte sei der gütigste Mensch, gütig zu jedem, ganz besonders zu seiner Tochter.

"Er ging mit Ihnen aus, Jeanne", wirft der Vorsitzende ein. "Er ging mit Ihnen ins Theater, ins Café, ins Kino und sah Ihnen Ihre Wünsche von den Augen ab!"

Jeanne bestreitet alles.

Der Angeklagte weint auf seiner Bank. Er antwortet nicht, sagt nichts zu seiner Verteidigung. Er murmelt nur, wenn er aufgefordert wird, sich zu entlasten: "Was soll ich sagen? - Sie ist mein Kind!"

Der Verteidiger ist glücklicher. Er rettet Vater François vor dem Bagno. "Hier ist ein Brief, den Jeanne ihrem Vater ins Untersuchungsgefängnis geschickt hat. Sie wollte Geld von ihm und drohte: "Wenn Du gut bist, werde ich's Dir vergelten. Dann kommst Du nicht ins Bagno. Gib mir Geld!"

Vater François wird einstimmig freigesprochen. Jeanne kommt in Zwangserziehung. Auf dem Vorortfriedhof vor der Porte d'Orléans, sechs Fuss unter der Erde, modert die schöne Madame François.

Norbert Bachrach.

SPD. Der Zimmerherr.^x Die Witwe Boll vermietet Zimmer.
"Bei mir wohnd jezdz ä feiner Herr", sagte sie neulich zu Frau Pix.
"So, was essen der?"
"Der is Professor oder so ä grosses Dier."
"Da had der wohl Geld?"
"Ja, der had 'ne ganze Masse Geld."
"Warum der da bloss zu Ihnen ziehd?"
"Ja, dem gefälld das eben, bei so 'ner feschen Widwe."
"So. Was machd dern der? Ich meine, was essen dem seine Brangsche?"
"Ler sammelt Inse ggdn."
"Ach, drum is der zu Ihnen gezoochn."
